

Helmut Kohl:

Die Volkszählung '87 muß gelingen!

Die Volkszählung 1987 ist ein großes Gemeinschaftsvorhaben der Bürger, des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Sie ist eine unverzichtbare Voraussetzung, damit Fehlplanungen verhindert, Steuergelder sparsam verwendet und staatliche Leistungen in dem wirklich erforderlichen Umfang den Bürgern zur Verfügung gestellt werden können. Wie z. B. der Einzelhändler seine Bestände bei der Inventur feststellt, so muß auch der Staat über die Zahl der Bürger und den Umfang einzelner Bevölkerungsgruppen informiert sein. Die Volkszählung dient allen Bürgern, denn sie gewährleistet, daß für unsere Zukunft sorgfältig geplant werden kann.

Die Beauftragten für den Datenschutz haben bestätigt, daß mit dem Volkszählungsgesetz 1987 alle Belange des Datenschutzes voll berücksichtigt sind. Niemand braucht Angst vor dem Mißbrauch seiner Angaben zu haben.

Die Volkszählung nutzt allen. Auskunftsverweigerung ist deshalb ein unsolidarischer Verstoß gegen den Sozialstaat und die Interessen der Mitbürger. Aufrufe, die Volkszählung zu sabotieren, sind außerdem ein Angriff auf die demokratische Kultur unseres Landes. Wenn Parlamentarier des Deutschen Bundestages und ihnen nahestehende Splittergruppen zum Boykott von Entscheidungen aufrufen, die von Bundestag und Bundesrat getroffen worden sind, dann untergraben sie ein fundamentales Prinzip unserer freiheitlichen Demokratie. Wo Minderheiten meinen, sich über die ordnungsgemäß beschlossenen Gesetze hinwegsetzen zu können, offenbaren sie ihr gestörtes Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat. Es ist die Aufgabe aller demokratischen Parteien, diesen Kräften geschlossen entgegenzutreten.

Ich rufe alle Bürger auf, mitzuhelfen, damit die von CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam beschlossene Volkszählung reibungslos durchgeführt werden kann. Ich bitte alle Mitglieder der Christlich Demokratischen Union Deutschlands um ein aktives Eintreten für das Gelingen der Volkszählung 1987.

Volkszählungen sind unverzichtbar

Volkszählungen sind keine Erfindung unserer Zeit. Es gibt sie seit Jahrtausenden, in China, bei den Inkas und im alten Griechenland. Die Römer führten über 600 Jahre hindurch regelmäßig alle fünf Jahre Zählungen durch. Auch im Mittelalter wurde die Bevölkerung gezählt.

Volkszählungen stellen für fast alle Länder eine Selbstverständlichkeit dar. Die UNO empfahl am 7. Mai 1975 allen Mitgliedstaaten, regelmäßig eine Bevölkerungs- und Wohnungszählung vorzunehmen (UNO-Resolution Nr. 1947 der 58. Sitzung). Nach der Empfehlung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO sollen solche Zählungen alle 10 Jahre erfolgen. In der Bundesrepublik Deutschland fanden 1950, 1961 und 1970 Volkszählungen statt.

Nach einer Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft aus dem Jahre 1973 zur Synchronisierung der Volkszählungen sollten 1981 in allen Mitgliedsstaaten der EG Volkszählungen durchgeführt werden. Unser Volkszählungsgesetz wurde jedoch erst am 25. März 1982 angenommen, die Zählung war für 1983 vorgesehen.

Dieses Gesetz wurde vom Bundesverfassungsgericht 1983 in Teilen für ungültig erklärt. **Das Gericht erkannte die Notwendigkeit einer Volkszählung und die Zulässigkeit des Fragenprogramms zwar ausdrücklich an, stellte jedoch fest, daß es zur Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung „ergänzender verfahrensrechtlicher Vorkehrungen für Durchführung und Organisation der Datenerhebung“ bedürfe.** (BVerfGE 65,1)

Die Regierung Helmut Kohl trat daraufhin bereits Anfang 1984 in intensive Beratungen mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der

Länder ein. Am 13. November 1984 beschloß die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung. **Am 23. Oktober 1985 wurde das Volkszählungsgesetz 1987 mit einer übergroßen parlamentarischen Mehrheit von CDU/CSU, SPD und FDP gebilligt.** Nur die Grünen stimmten dagegen. Als Stichtag für die Erhebung ist der 25. Mai 1987 vorgesehen.

Zehn gute Gründe für die Volkszählung

Die Volkszählung ist für eine moderne, bürgernahe und menschengerechte Politik unverzichtbar. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz aus dem Jahr 1983 heißt es wörtlich: „Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge. **Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mit Hilfe der Chancen, die eine automatische Datenverarbeitung bietet, für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage.**“ (BVerfGE 65,1)

Seit der letzten Volkszählung im Jahr 1970 sind 17 Jahre vergangen. Bund, Länder und Gemeinden müssen heute mit völlig veralteten Daten arbeiten („Daten-

schrott“). Die Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik Deutschland liegt vermutlich um über eine Million unter den geschätzten 61 Millionen Einwohnern. Allein rd. 100 Gesetze und mit ihnen elementare staatliche Entscheidungen beziehen sich auf Daten der Volkszählung. Alles spricht dafür, daß wir aufgrund unserer „unordentlichen Bücher“ schon jetzt Milliardenbeträge falsch oder sogar ungerecht ausgeben.

Es gibt zehn gute Gründe für die Volkszählung:

1. Volkszählung für bessere Chancen der jungen Generation

Die Ergebnisse der Volkszählung werden es uns ermöglichen, bessere Prognosen aufzustellen

- über die Schülerzahlen,
- den Bedarf an Lehrern,
- die optimale Lage von Schulen,
- den Studienplatzbedarf und
- die benötigte Ausbildungsförderung.

2. Volkszählung für mehr Sicherheit und Zufriedenheit der älteren Mitbürger

Die Volkszählung wird uns genaue Zahlen liefern über

- den Aufbau der Alterspyramide sowie
- die zukünftigen Zahlen von Berufstätigen und Rentnern

und damit eine wichtige Grundlage sein für die Reform unserer Alterssicherungssysteme.

3. Volkszählung für eine bessere Sozialpolitik

Mit der Volkszählung werden wir besser feststellen können,

- wo Kindergartenplätze oder Sozialwohnungen fehlen,
- wo Schwierigkeiten in der Sozialversicherung auftreten können,
- wo ein Ausbau der Sozialleistungen notwendig ist und
- wo heute zu Lasten der Allgemeinheit Gelder unnötig ausgegeben oder sogar verschleudert werden.

4. Volkszählung für eine optimale Beschäftigungspolitik

Die Volkszählung wird es uns ermöglichen,

- die Arbeitsförderung noch besser auf den Bedarf zuzuschneiden,
- die Berufsberatung zu optimieren,
- die regionale Strukturförderung zu verbessern
- und damit denjenigen zu helfen, die noch keinen Arbeitsplatz haben.

5. Volkszählung für einen besseren Schutz unserer Umwelt

Mit den Ergebnissen der Volkszählung werden wir

- wichtige Rückschlüsse auf Art und Menge des Primärenergieverbrauchs der Haushalte ziehen,
- umweltfreundliche Energiearten besser fördern,
- unseren Verkehr umweltfreundlicher planen
- und Umweltgefährdungen durch regionale Wirtschaftsballungen besser feststellen können.

6. Volkszählung für besseres Wohnen

Niemand weiß, wie viele Wohnungen leerstehen. Die Schätzungen schwanken zwischen 300 000 und einer Million. Die Volkszählung wird uns die Möglichkeit geben,

- den Bestand an Wohnraum präzise zu erfassen,
- den Bedarf an Wohnungen und vor allem an preiswertem Wohnraum besser zu erkennen,
- die steuerliche Förderung des Wohnungsbaues und die Bemessung des Wohngeldes gerechter zu gestalten
- und die Sanierung unserer Altstädte zu beschleunigen.

7. Volkszählung für eine bessere Gesundheitsvorsorge

Mit den Zahlen der Volkszählung wird genauer erkennbar sein,

- wo genau welcher Krankenhausbedarf besteht,
- wo uns Ärzte fehlen und wo es zuviel Ärzte gibt und
- wie die Reform unseres Krankenversicherungssystems für alle Seiten so preiswert wie möglich gestaltet werden kann.

8. Volkszählung für einen reibungslosen Verkehrsablauf

Mit der Volkszählung werden wir exakter feststellen können,

- wo öffentliche Verkehrsmittel fehlen,
- wo Straßen oder Radwege ausgebaut werden müssen und
- wo Überkapazitäten zugunsten anderer Verkehrswege abgebaut werden können.

9. Volkszählung für eine gerechtere Kommunalpolitik

Steuerzuweisungen sind in vielen Fällen abhängig von der Einwohnerzahl der Länder oder der Gemeinden. Pro Einwohner erhält eine Gemeinde im Schnitt 1000 Mark. Die Volkszählung wird uns genaue Angaben liefern, welche Mittel den Ländern und Kommunen zustehen.

10. Volkszählung für mehr Demokratie

Heute hat nicht mehr jede Wahlstimme das gleiche Gewicht, weil wir nicht mehr genau wissen, wieviele Bürger in den einzelnen Wahlkreisen und Ländern leben. Nach der Auswertung der Volkszählung werden wahrscheinlich manche Wahlkreise neu eingeteilt werden müssen, um dem Grundsatz der Gleichheit der Wahlstimmen wieder volle Geltung zu verschaffen.

Nur mit genauen statistischen Ergebnissen läßt sich verlässlich planen, richtig entscheiden und vernünftig wirtschaften. Bund, Länder und Gemeinden sind auf eine neue, zuverlässige Datenbasis angewiesen. Verlässliche Planungen und richtige Entscheidungen kommen letztlich jedem einzelnen zugute. Jeder leistet durch die Beantwortung der Fragen einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unseres Landes.

Was und wie wird gefragt?

Die Fragebögen

Die Volkszählung besteht aus drei Teilen, für jeden Teil gibt es einen gesonderten Fragebogen: Die Volks- und Berufszählung, die Gebäude- und Wohnungszählung sowie die Arbeitsstättenzählung. Es werden vor allem Fragen zu folgenden Bereichen gestellt:

1. Personenbogen (Volks- und Berufszählung)

- Geschlecht, Alter und Familienstand
- Art der Erwerbstätigkeit
- Art der Ausbildung und des Berufs
- hauptsächlich benutztes Verkehrsmittel

2. Gebäude- und Wohnungsbogen:

- Größe und Ausstattung der Wohnung
- Berufliche oder private Nutzung
- Art der Heizungsanlage
- Öffentliche Förderung

3. Arbeitsstättenbogen:

- Anzahl und Größe der Arbeitsstätte
- Zahl der tätigen Personen
- Summe der gezahlten Löhne und Gehälter

Durchführung der Befragung

Für die Durchführung der Volkszählung haben die Gemeinden 8 500 Erhebungsstellen eingerichtet; sie setzen etwa 500 000 Zähler ein. Diese müssen die Bögen persönlich übergeben, dürfen die Wohnung des Befragten aber nur mit dessen Erlaubnis betreten und müssen ihre Zählerausweise vorzeigen.

Zusätzlich zu den anonym gehaltenen Fragebögen gibt es einen Haushaltsmantelbogen, der allein der Organisation der Zählung dient. Auf ihm werden Anschrift sowie Familien- und Vornamen aller Haushaltsmitglieder eingetragen. Jedes Familienmitglied kann seinen Fragebogen für sich alleine ausfüllen. Die ausgefüllten Bögen können dann dem Zähler offen oder in verschlossenem Umschlag übergeben, bei der Erhebungsstelle persönlich abgegeben oder portofrei übersandt werden.

Name und Anschrift auf dem Haushaltsmantelbogen sind erforderlich, um die Vollzähligkeit der Erhebung sicherzustellen. **Diese Hilfsmerkmale werden zum frühestmöglichen Zeitpunkt in den örtlichen Erhebungsstellen von den Fragebögen getrennt.** Die Erhebungsvordrucke werden dann an das Statistische Landesamt übersandt. Die personenbezogenen

Daten der Befragten bei den Erhebungsstellen werden gelöscht. Ausgenommen sind allerdings die Daten derjenigen Personen, die ihrer Auskunftspflicht nicht nachgekommen sind. Diese können zur Durchführung von Ordnungswidrigkeiten- oder Verwaltungsvollstreckungsverfahren an die dafür zuständigen Stellen weitergeleitet werden. Wer die Teilnahme an der Volkszählung verweigert, kann mit einem Bußgeld bis zu 10 000 DM belegt werden.

Die Daten sind geschützt

Ein sicherer Datenschutz ist für die erfolgreiche Durchführung der Volkszählung unabdingbar. Die Statistik lebt vom Vertrauen der Befragten. Die Angaben unterliegen deshalb einer strikten Geheimhaltung. Mit dem Volkszählungsgesetz 1987 ist die Bundesrepublik Deutschland zum Vorreiter im Datenschutz bei Volkszählungen geworden:

1. Alle zu erfassenden Sachverhalte sind im Gesetzestext einzeln ausformuliert und im Detail festgelegt.
2. Die Hilfsmerkmale (Name und Anschrift), die nur zur Durchführung der Zählung notwendig sind, werden von den Erhebungsmerkmalen getrennt auf einem gesonderten Bogen angegeben. Dadurch wird die unverzügliche Trennung der Hilfsmerkmale von den Fragen in den Statistischen Landesämtern ermöglicht und die Anonymität der Angaben gesichert.
3. Eine „De-Anonymisierung“, also eine Wiederherstellung des Zusammenhanges zwischen Erhebungsbogen und dem Namen des Befragten ist verboten und wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.
4. Die Erhebungsvordrucke einschließlich der Hilfsmerkmale sind spätestens zwei Wochen nach Feststellung der amtli-

chen Bevölkerungszahl des Landes zu vernichten. (Nach § 15 Volkszählungsgesetz sind Ausnahmen lediglich für Stichproben zugelassen.)

5. Die Erhebungsstellen müssen von anderen Verwaltungsstellen personell, räumlich und organisatorisch getrennt sein.
6. Die für die Organisation benötigten personenbezogenen Angaben der Befragten in den örtlichen Erhebungsstellen werden unmittelbar nach Abschluß der Volkszählungsarbeiten gelöscht.

7. Die Zähler sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sie sollen nicht in der Nachbarschaft ihrer Wohnung eingesetzt werden. Personen, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, daß Kenntnisse aus der Zählertätigkeit zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden, sollen überhaupt nicht als Zähler eingesetzt werden (z.B. Polizeibeamte oder Finanzbeamte, sofern sie in ihrem Zuständigkeitsbereich zählen würden).

8. Es bleibt dem Bürger überlassen, ob er den Fragebogen mit dem Zähler oder alleine ausfüllen will. Es bleibt ihm ebenfalls überlassen, ob er ihn dem Zähler offen oder im verschlossenen Umschlag mitgeben oder selbst an die Erhebungsstelle zurückschicken will. Lediglich einige wenige, für die ordnungsgemäße Durchführung der Zählertätigkeit notwendige Angaben (Name des angetroffenen Haushaltsmitglieds, Zahl der Personen im Haushalt und Zahl der Haushalte in der Wohnung) sind dem Zähler auf Verlangen mündlich mitzuteilen.

9. Der Gesetzgeber informiert jeden Bürger über seine Rechte mit einem umfangreichen Unterrichtungskatalog.

10. Jedes Mitglied eines Haushalts hat das Recht, einen eigenen Fragebogen für sich allein anzufordern.

Der Bundesdatenschutzbeauftragte bestätigt, daß der Datenschutz bei der Volkszählung voll gewahrt wird:

„Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, wie es das Bundesverfassungsgericht formuliert hat, ist durch das neue Volkszählungsgesetz voll gewährleistet. Und der Bürger braucht danach keine Befürchtungen zu haben, daß seine Rechte nun durch die Volkszählung in unzulässiger Weise beeinträchtigt werden.“
(Dr. Reinhold Baumann, Deutschlandfunk, 2. Januar 1987)

Ein internationaler Vergleich zeigt: Das Fragenprogramm der Volkszählung '87 ist besonders knapp und sachlich gehalten. So werden Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht abgefragt. **Bei uns wird z.B. nicht gefragt:**

- die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe
- der Zeitpunkt der Eheschließung
- die Höhe des Einkommens
- die Dauer der Arbeitslosigkeit
- die Anzahl der PKW eines Haushalts und die gefahrenen Kilometer
- finanzielle Belastungen von Hausbesitzern und Mietern durch Steuern, Versicherungen oder sonstige finanzielle Verpflichtungen
- die Zahl von Arbeitsstunden in Betrieben
- der Umsatz in Betrieben

Wie vorbildlich das Volkszählungsgesetz '87 im Vergleich zu anderen Staaten ist, zeigt die Trennung von Name und Anschrift vom Fragenteil. Dies hat es in anderen Ländern bisher nicht gegeben. Dadurch wird die Trennung der Angaben vom Namen und der Adresse zum frühestmöglichen Zeitpunkt sichergestellt.

Demokratische Mehrheit für die Volkszählung

Neben der CDU und der CSU bekennen sich auch die anderen demokratischen Parteien zum Volkszählungsgesetz:

Der **SPD-Parteivorstand** stellt in einem Beschluß vom 24. Februar 1987 fest: „Die Volkszählung 1987 ist notwendig ... Diese Daten sind — darauf hat auch das Bundesverfassungsgericht hingewiesen — eine unentbehrliche Handlungsgrundlage für die Politik von Bund und Ländern und Gemeinden. ... Sozialdemokraten rufen zur Beteiligung an der Volkszählung auf. ... Sozialdemokraten lehnen die Boykottmaßnahmen ab.“ (Service der SPD für Presse, Funk, TV; Nr. 176/87 vom 24. Februar 1987)

Der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, **Dr. Axel Wernitz (SPD)**, stellt fest: „Es ist deshalb dringend geboten, wieder eine aktuelle und solide statistische Datenbasis mit Hilfe der Volkszählung zu bekommen. Wir nutzen damit in der Bundesrepublik — auch auf Empfehlung der UNO — ein statistisches Instrument, das praktisch weltweit angewandt wird. Dabei liegt unser Erhebungsprogramm vom Umfang her eher am unteren Rand ... Die Volkszählung wird im Mai 1987 nach einem Volkszählungsgesetz durchgeführt, in dem alle Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Gewährleistung des Statistikgeheimnisses und zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Bürger vollständig berücksichtigt sind. Erst dieser Tage hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz in seinem neuesten Tätigkeitsbericht darauf hingewiesen, daß die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umfassend berücksichtigt worden sind.“

Es ist kein Zufall, daß die bekannten Gegner einer Volkszählung gegen das Volkszählungsgesetz '87 nicht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde eingelegt haben. Sie wußten sehr genau, daß die gesetzlichen Grundlagen der Volkszählung unangreifbar sind.“ (Dr. Axel Wernitz MdB, Sozialdemokratischer Pressedienst, 19. Februar 1987)

Für die **FDP** erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, **Dr. Burkhard Hirsch MdB**: „Gesetzgebereich ist das nun vorbildlich geregelt. ... Alle demokratischen Parteien haben im Grundsatz eindringlich betont, daß die Volkszählung für rationale politische Entscheidungen notwendig ist.“ (Freie demokratische Korrespondenz, 23. Januar 1987).

Für die acht Millionen Mitglieder der DGB-Gewerkschaften hat sich der **DGB-Vorsitzende Ernst Breit** klar zur Volkszählung bekannt: „Anders als mit den Daten aus der Volkszählung sind strukturbedingte Krisen gar nicht in den Griff zu bekommen.“ (Handelsblatt, 25. Februar 1987)

Die Wichtigkeit der Volkszählung gerade auch für die Beschäftigungspolitik betont **Ursula Engelen-Kefer, Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit** und Mitglied des **SPD-Bundesvorstandes**: „Wir können die Arbeitslosigkeit mit neuen Daten besser bekämpfen. ... Eine neue Volkszählung liegt deshalb im Interesse aller. Wenn wir sie noch länger vor uns herschieben, riskieren wir Fehlentwicklungen, die uns Milliarden Mark kosten können. Wer sich einmal ernsthaft mit diesen Fragen beschäftigt hat und nicht nur oberflächlich daherredet, kann deshalb die Volkszählung nicht ablehnen, zumal Mißbrauchsängste — ob sie nun berechtigt oder unberechtigt waren — vom Gesetzgeber ausgeräumt worden sind. Er muß sich stattdessen dafür einsetzen, daß die

Volkszählung endlich stattfindet.“ (Vorwärts, 7. März 1987)

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich für die korrekte Verarbeitung der erhobenen Daten „verbürgt“. Es sei „im ureigensten Interesse“ der Bürger, daß mit dieser Volkszählung Daten erhoben würden. Wer sich der Volkszählung verweigere, trage zu einer „undurchsichtigen und letzten Endes unvernünftigen und irrationalen Politik“ bei. Die Volkszählung sei „demokratisch erforderlich und persönlich zumutbar“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1986)

Radikale Minderheit gegen die Volkszählung

Obwohl die Volkszählung vom Deutschen Bundestag mit übergroßer Mehrheit angenommen wurde, und obwohl die Volkszählung für die Fortentwicklung unseres Sozialstaates von hoher Bedeutung ist, haben die Grünen, die DKP und ihre Hilfstruppen zum „Boycott“ der Volkszählung aufgerufen. Sie bezeichnen die Volkszählung demagogisch als „Volksaushorchung“ (Jutta Ditfurth, Vorstandssprecherin der Grünen, Südwestfunk, 21. Dezember 1986) und als „obrigkeitsstaatliche Zwangserfassung“ (Pressemitteilung der Grünen im Bundestag, 7. Januar 1987). Sie versuchen, mit Falschdarstellungen und Verdächtigungen bei den Bürgern unbegründete Ängste zu schüren. Die Grünen im Deutschen Bundestag verstiegen sich sogar dazu, im Parlament, der zentralen Institution der Demokratie, zum Bruch von demokratisch zustandekommenen Gesetzen aufzurufen.

Hans Koschnik, ehemaliger SPD-Oberbürgermeister von Bremen, meint dazu:

„Wer im Parlament aufruft, Gesetze zu boykottieren und nicht zu realisieren, die von der Mehrheit des Parlaments abgeschlossen worden sind, geht einen Weg, den ich leider schon vor 33 kannte, wo es die extremen Gruppen genauso taten. Entweder akzeptiert man Mehrheitsentscheidungen oder ringt im Parlament um eine andere Position. Aber da kann man hinterher nicht als Abgeordneter Boykottpositionen vertreten gegen Gesetze, die einem nicht gefallen.“ (Deutschlandfunk, 19. Februar 1987)

Die SPD besitzt leider nicht mehr die Geschlossenheit, um die Volkszählung einmütig zu unterstützen. In krasser Mißachtung der SPD-Vorstandsbeschlüsse und der Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion zum Volkszählungsgesetz '87 schreibt der Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD: „Wir lehnen Volkszählung ... ab.“ (Flugblatt, ohne Datum). Der stellvertretende Jungsozialisten-Vorsitzende Matthias Kollatz fordert den „Stopp der Volkszählung 1987!“, rät zu einem „weichen Boycott“, „falschen Angaben“ und kündigt an, daß „die Jusos die außerparlamentarischen Verweigerungsinitiativen unterstützen“ werden („Volkszählung — kein Staat mit diesem Staat“, Pressekonferenz am 24. Februar 1987).

Die Aachener SPD hat sich gegen die Volkszählung ausgesprochen (vgl. taz, 19. Dezember 1986), die schleswig-holsteinische SPD-Fraktion im Kieler Landtag verlangt die Verringerung der Volkszählung auf sechs Grundfragen, die Hamburger Jungsozialisten haben zum Boycott aufgerufen und dazu aufgefordert, „alles Erdenkliche zu tun, um eine Durchführung der Volkszählung zu verhindern“, und die Jungsozialisten in Berlin unterstützen einen Aufruf zum Boycott (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Februar 1987). Es ist immer wieder das

Pressestimmen

„Es ist nunmehr Zeit, daß der Staat nicht nur diskret darauf hinweist, daß er ein Stückchen in der Schublade hat, sondern daß er es auch herausholt und anwendet. Es könnte sonst geschehen, daß die gerade um dreißig Millionen Mark aufgestockten Mittel von ursprünglich sechzehn Millionen Mark für die Öffentlichkeitsarbeit zum Tag der Volkszählung praktisch nur eine Parallelveranstaltung zu dem Rabatz finanzieren, den die Boykottstrategen aufzäumen... Der Boykottbewegung geht es nicht um den in vollem Umfang gesicherten Datenschutz des Bürgers, sondern allein darum, den demokratischen Rechtsstaat durch die Behinderung der Ausführung eines mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Gesetzes herauszufordern, oder gar unserer Gemeinschaft durch Verursachung einer unzutreffenden Datenbasis, auf deren Grundlage später möglicherweise unrichtige politische Entscheidungen getroffen werden, Schaden zuzufügen.“

(Die Welt, 13. März 1987)

„... Dabei ist den Grünen durchaus bewußt, daß sie mit ihrem Votum für einen Boykott des Volkszählungsgesetzes geltendes Recht brechen. Sie berufen sich auf das Recht des zivilen Ungehorsams und machen sich damit bereits einer unverantwortlichen

(Fortsetzung von Seite 8)

gleiche: Teile der SPD verlassen den Pfad einer vernünftigen Politik und schwenken auf die politischen Positionen der Grünen ein.

Keine Frage: Wer zum Boykott und zur Verweigerung der Beteiligung an der Volkszählung aufruft, greift unseren Sozialstaat an und schadet den sozialen Belangen aller Bürger. Unter einem Boykott leiden als erstes die Gemeinden der Boykotteure. Wenn die Volkszählung nicht erfolgreich durchgeführt werden kann, wird dies gravierende Nachteile für die Zukunft unseres Landes und unserer Mitbürger haben.

Begriffsverwirrung schuldig. Ziviler Ungehorsam ist nur dann zulässig, wenn die Demokratie in Gefahr ist. Wer sich die harmlosen Fragen der Fragebögen durchliest, kann nun wirklich nichts entdecken, was das Recht und die Freiheit der Bundesbürger in Frage stellt.

Die Grünen verwechseln das Recht auf Ungehorsam mit der Anmaßung, allein zu bestimmen, was Recht und was bürgerliche Freiheiten sind. Es ist der elitäre Anspruch einer Minderheit, mehr zu wissen und mehr Recht, und damit auch mehr Rechte, zu haben als alle anderen. In der Konsequenz ist ein solcher Anspruch totalitär.“

(Frankfurter Neue Presse, 17. März 1987)

Mitgliederschwund bei der FDP NRW

Der FDP-Landesvorsitzende, Bundesbildungsminister Jürgen W. Möllemann, beklagt einen starken Mitgliederrückgang der NRW-Partei. 1986 sank die Zahl der Mitglieder von 19 709 auf 18 831. Die Beteiligung im Wahlkampf habe nachgelassen. Zudem sei die FDP kaum noch in Gemeinderäten vertreten. „Setzte sich dieser Trend bei den kommenden Kommunalwahlen fort, dann würden sich die Zukunftsperspektiven der FDP ins Düstere verkehren“, sagte Möllemann.

Kurzarbeitergeld auf 24 Monate verlängert

Entsprechend der Koalitionsvereinbarung hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm eine Verordnung erlassen, die die Höchstbezugsdauer von Kurzarbeitergeld von 6 Monate auf generell 24 Monate verlängert. Die Verordnung wird ab 1. April 1987 wirksam. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldbezuges soll dazu beitragen, in den von Kurzarbeit betroffenen Betrieben nach Ablauf der gesetzlichen 6-Monats-Frist Entlassungen zu vermeiden.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Warum Anbiederung an Grüne?

Wer die Lage in der Bundesrepublik Deutschland über Wahltermine hinaus analysiert, kann eine Entwicklung nicht übersehen: In der Opposition verstärkt sich der Trend, die gemeinsame geistige Grundhaltung in Frage zu stellen, die die politische Kultur in der Bundesrepublik bislang geprägt hat. Zunehmend scheint Sogwirkung von einer Minderheit auszugehen, die sich selbst ganz bewußt ausgrenzt und eine Gegenkultur aufbaut, die den Werteinstellungen, den Grundanschauungen und Lebensauffassungen der Mehrheit diametral entgegensteht. Die Frage ist berechtigt: Zerfällt die politische Kultur der Bundesrepublik in zwei Teile — in einen, der an den geistigen Prämissen der westlichen Demokratien, am Mehrheitsprinzip und repräsentativen System festhält, und in einen anderen, der all dies radikal in Frage stellt, der von jener Mischung emotionaler, romantisch-utopischer und realitätsferner Strömungen bestimmt wird, die sich in der Politik zwangsläufig verheerend auswirken muß?

Diese Frage richtet sich vor allem an die Sozialdemokraten. Als ich im Oktober 1982 zum Bundeskanzler gewählt wurde und die Koalition der Mitte ihre Arbeit aufnahm, standen wir vor einer gewaltigen Erblast. Nach dem Abschied von Helmut Schmidt ist die SPD jetzt dabei, eine Zukunftshypothek aufzubauen, vor der diese Erblast verblaßt: Sie begibt sich mehr und mehr ins Schlepptau der Grünen und hat in vielen Bereichen längst deren unüberlegte, oft auch gefährliche Vorstellungen kopiert. Damit nehmen die Sozialdemokraten in Wahrheit Abschied von dem ernsthaften Anspruch jeder Opposition, die Regierung von morgen

zu sein. Sie lassen die Seriosität zurück, die sie sich 1959 mit dem Godesberger Programm erarbeitet hatten.

Es wäre sehr kurzsichtig, darüber in parteipolitische Schadenfreude zu verfallen. Wichtiger als ein möglicher Vorteil, den die Koalition der Mitte aus dieser Entwicklung ziehen kann, ist die Stabilität unserer demokratischen Ordnung. Unter diesem Gesichtspunkt ist es beunruhigend, wenn die Opposition wegen wachsender Realitätsferne nicht regierungsfähig ist. Und es ist gefährlich, wenn eine der beiden großen Parteien unseres Landes jenen Konsens verläßt, der Freiheit und Wohlstand jahrzehntelang gesichert hat.

Die SPD hat sich in ihrer langen Geschichte große Verdienste um unser Vaterland erworben, und sie hat unsere Bundesrepublik Deutschland entscheidend mitgeprägt. Daß diese Tradition großen Teilen der SPD-Führung gleichgültig geworden ist, zeigt die tiefe Orientierungskrise der deutschen Sozialdemokratie. Männer wie Kurt Schumacher, Carlo Schmid, Fritz Erler und Herbert Weichmann hätten heute in der SPD keine Heimat mehr, ihr Lebenswerk wird innerhalb der Partei achtlos beiseite geschoben. Auch Helmut Schmidt und Georg Leber haben heute sicherlich manchmal Mühe, ihre Partei wiederzuerkennen. Schon sprechen manche der sogenannten „Enkel“ von den „Alt-Sozialdemokraten“ und drängen damit jene ab, die sich auch außerhalb der SPD Achtung und Respekt erworben haben. Diese Entwicklung ist schon seit längerem im Gange — Diskussionen um die Bundestagskandidaturen von Annemarie

Renger, Hans Apel oder Eugen Glombig haben das belegt. Die Kanzlerkandidatur von Johannes Rau hat dann für einige Monate das wahre Bild der SPD zu retuschieren versucht. Wie schnell jedoch nach der Bundestagswahl am 25. Januar die Absage des SPD-Kanzlerkandidaten an eine Zusammenarbeit mit den Grünen an eine Zusammenarbeit mit den Grünen an vergessen war, hat viele Bürger schockiert. Jeder kann jetzt ermesen, was bei einem anderen Wahlergebnis in Gang gekommen wäre.

Selbst der Bruch des rot-grünen Bündnisses in Hessen hat die SPD nicht zur Besinnung gebracht, sondern sie vielmehr zutiefst erschreckt. Führende Sozialdemokraten im Bund und in den Ländern sehen in der Zusammenarbeit mit den Grünen nach wie vor ihr neues politisches Ideal. Kritisiert wird von vielen in der SPD-Führung nicht das Verhalten der hessischen Grünen, sondern Holger Börners — wie es heißt — „unnötiger Befreiungsschlag“. Wie beflissen hat doch die Hessen-SPD an jene die Einladung ins Koalitionshaus erneuert, die „Alt-Sozialdemokrat“ Börner gerade vor die Tür gesetzt hatte! So wurde Holger Börner wie Helmut Schmidt ein Opfer der immer mächtigeren Linken in der SPD. Willy Brandts Wunschbild von der „Mehrheit links von der Mitte“ markiert jetzt den Weg der SPD. Männer wie Oskar Lafontaine oder Erhard Eppler, vor fünf Jahren noch Vertreter einer Minderheit in ihrer Partei, geben heute den Kurs an. Rücksichtslos baut die Parteilinke ihre Machtposition aus — etwa jüngst bei den Wahlen des Schatzmeisters der Sozialdemokratischen Partei.

In ihrem Buhlen um die Grünen unterliegt die Führung der SPD dabei einem grundlegenden, folgenschweren Mißverständnis: Um die — oft genug idealistischen und tatsächlich um die Umwelt besorgten — Wähler der Grünen anzu-

sprechen, biedert man sich bei den Funktionärskadern dieser Partei an. Bei den Grünen aber geben schon lange nicht mehr jene den Ton an, die wirklich für Umweltschutz stehen. Der neugewählte Fraktionsprecher der Partei im Deutschen Bundestag beispielsweise hält es für richtig, wenn man ihn als Kommunisten bezeichnet. Dominiert werden die Grünen von Kräften, für die Umweltschutz allenfalls Hebel zum Ausstieg ist: aus der NATO, aus der Sozialen Marktwirtschaft und auch aus unserer parlamentarischen Demokratie.

Eigentlich wäre es die gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Parteien, dies dem Wähler zu verdeutlichen. Die Wahlerfolge der Grünen haben ja zu einem erheblichen Teil damit zu tun, daß vielen Bürgern das tatsächliche Programm dieser Partei nicht bekannt ist. Wer aber mit den Funktionären der Grünen gemeinsame Sache macht, leistet Beihilfe zu deren Verschleierungstaktik. Wer grüne Minister beruft oder der Partei kommunale Ämter zuschanzt, verschafft ihr jene vordergründige Seriosität, die ihre Radikalität vor den Blicken vieler Wähler kaschiert. Daß sich die SPD dazu um der Macht willen hergibt, läßt viele traditionelle sozialdemokratische Wähler an ihrer Partei verzweifeln.

Man kann die Anbiederung an die Grünen auch nicht mit dem Argument entschuldigen, wer im Parlament sitze, dürfe nicht ausgegrenzt werden. Das war Ende der 60er Jahre von Demokraten nicht zu hören, als die NPD in einige Landtage eingezogen war. Damals waren wir uns in den demokratischen Parteien noch einig, daß eine harte Auseinandersetzung nicht die Wähler der NPD ausgrenzt, sondern dieser Partei Stimmen entzieht und so ihre Funktionäre isoliert. Wer heute anders redet, behandelt die extreme Reaktion von links anders als die von

rechts und hat so die Mitte längst verlassen.

Natürlich lassen sich NPD und Grüne nicht einfach gleichsetzen — wenn beiden Parteien auch eine unspezifische Proteststimmung zugute gekommen ist. Aber Worte und Taten führender Grüner sollten es einer demokratischen Partei eigentlich verbieten, sie als Bündnispartner in Aussicht zu nehmen. Drei Stichworte sollten ausreichen, dies zu begründen:

1. Weite Teile der Grünen haben zu dem — für eine freiheitliche Gesellschaft unverzichtbaren — Gewaltverbot ein völlig ungeklärtes Verhältnis. Unter dem medienwirksamen Etikett der angeblichen „Gewaltfreiheit“ entschuldigende führende Vertreter der Partei immer wieder unverhohlenen Gewalttaten wie das Umsägen von Strommasten oder das Steinewerfen bei Demonstrationen. Im Programm zur Bundestagswahl wurde Terrorismus von rechts zwar wortreich verurteilt, aber zum Linksterrorismus fehlt jedes Wort. Der neugewählte Fraktionssprecher lehnt das staatliche Gewaltmonopol offen ab, einer der Bundesvorsitzenden rief sogar zum „gewaltfreien Bürgerkrieg“ auf.

Es geht dabei nicht um eine nebensächliche Frage, sondern um ein zentrales Element unserer Demokratie. Warum hat die SPD nicht die innere Kraft, von jeder Bündnisüberlegung Abstand zu nehmen, solange die Haltung der Grünen zum Gewaltverbot so unklar bleibt?

2. Die Grünen fordern den Austritt aus der NATO, in ihrem Wahlprogramm heißt es: „Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen.“ Jeder weiß, daß nicht nur die Erfüllung dieser Forderung, sondern auch die Annäherung daran Frieden und Freiheit unseres

Landes verspielen müßte. Verdrängt man in der SPD, daß die NATO eine Wertegemeinschaft ist, die die Demokratien des Westens schützt vor der Bedrohung durch Diktaturen?

3. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik reichen die Vorstellungen der Grünen vom Teilabbau der Automobilproduktion über den Widerstand gegen moderne Technologien bis zur Abkoppelung vom Weltmarkt. Diese Vorstellungen laufen auf ein reines Arbeitsplatzvernichtungsprogramm hinaus. Die Grünen sind die Totengräber der Sozialen Marktwirtschaft. Wie halten es die führenden Politiker der SPD mit dem klassischen Anspruch der Sozialdemokratie, Politik für Arbeitnehmer zu betreiben? Viele Wahlergebnisse der jüngeren Vergangenheit deuten darauf hin, daß hier eine Glaubwürdigkeitslücke besteht — und daß sie eher weiter wird als sich zu schließen.

Wer seinen Drang zur Macht so wenig zügeln kann, daß die Grundsätze darüber verlorengehen, schadet dem Ansehen der Politik insgesamt. Es ist zu wünschen, daß die SPD wieder auf ihren Weg findet, daß sie die Errungenschaften der Arbeiterbewegung nicht modischen Zeittrends opfert. Grundsatztreue und Glaubwürdigkeit sind für jede Partei ein entscheidendes Zukunftskapital. Die SPD ist dabei, es zu verspielen — nach Berlin und Frankfurt auch in ihren früheren Hochburgen Hessen und Hamburg.

Bevor die SPD ernsthaft einen Regierungsanspruch erheben kann, muß sie zuerst die Führung in der Opposition übernehmen. Sie darf den Grünen nicht nachlaufen, weil die Kopie dem Original immer unterlegen ist. Die Sozialdemokraten sollten sich vielmehr darauf besinnen, daß Schwarz-Weiß-Ideologien wie die der Grünen manchen Wähler verführen mögen, aber für unsere demokratische

Konjunkturaussichten weiter positiv

Die jüngsten Analysen und Prognosen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zeigen — ebenso wie im Vormonat —, daß sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung auch in diesem Jahr weiter fortsetzen wird. Ohne die vorhandenen Risiken im Exportgeschäft zu unterschätzen, gelangen das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, der Bundesverband deutscher Banken und das Wirtschaftsministerium zum Ergebnis, daß die Wirtschaft auf dem eingeschlagenen Expansionspfad bleiben wird.

Die aus wahltaktischen Gründen von den Sozialdemokraten lancierte „Konjunkturlüge“ ist deshalb nicht nur eine Verdrehung der Tatsachen, sie gefährdet auch im höchsten Maße das anhaltend gute Konjunkturklima auf dem Binnenmarkt.

(Fortsetzung von Seite 12)

Kultur gefährlich sind. Sie ersetzen die rationale Diskussion durch Feindbilder und — nicht selten kalkulierte — Gefühlsausbrüche. Rot-grün färbt die SPD nicht nur programmatisch ein, sondern nivelliert auch langsam die Stimmungsunterschiede zugunsten der Grünen.

Die Entwicklung in der SPD kann der CDU nicht gleichgültig sein. Jede Demokratie braucht eine starke Opposition als eine regierungsfähige Alternative. Die Bürger haben Anspruch darauf, ihrer Wahlmöglichkeiten nicht dadurch beraubt zu werden, daß die Opposition vollständig zum unkalkulierbaren Sicherheitsrisiko wird. Das sollten die Sozialdemokraten bedenken, bevor sie das Godesberger Programm endgültig durch den Orientierungsrahmen Rot-Grün ersetzen. (Beitrag in der „WELT“ vom 12. 3. 87)

Selbst die pessimistischsten Prognosen einzelner Konjunkturforscher dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute nach wie vor ein weiteres Wachstum des realen Bruttosozialprodukts für 1987 voraussagen. Diese positive Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung basiert vor allem auf folgenden Fakten:

1. Die **Konstitution der deutschen Wirtschaft** ist nach vier Jahren eines spannungsfreien Aufschwungs **gefestigt**, was ihr im verschärften internationalen Wettbewerb größere Widerstandskraft verleiht. (Bundesverband deutscher Banken)
2. Die **Exportaufträge der Industrie** sind Anfang des Jahres nicht weiter zurückgegangen. Im Investitionsgütergewerbe und im Verbrauchsgüterbereich nahmen die Auslandsbestellungen sogar leicht zu. (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 1987)
3. Durch das sog. „**Louvre-Abkommen**“ der großen westlichen Industriestaaten vom 22. Februar 1987 über eine stärkere Kooperation zur Stabilisierung der Wechselkurse bestehen gute Chancen, daß sich die **Unsicherheit über den Dollarkurs** für unternehmerische Entscheidungen **verringert**. (BMW, Monatsbericht März 1987)
4. Die **Inlandsnachfrage ist weiter aufwärts gerichtet**. Die am Jahresanfang gedrosselte Automobilherstellung widerspricht nicht dem Bild einer **lebhaften Verbrauchskonjunktur**; sie war vielmehr die erwartete Reaktion auf den Nachfrage- und Produktionsschub vor der Jahreswende. (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 1987)
5. Die Erfahrungen zeigen, daß Veränderungen der Auslandsnachfrage in der Regel nicht zu entsprechenden Verände-

rungen des inländischen Investitions- und Konsumklimas führen. Insgesamt ist deshalb zu erwarten, daß die **Inlandsausgaben nicht durch die schwache Exportentwicklung gedämpft werden.** (Institut für Weltwirtschaft, Kiel; März 1987)

6. Die Frühjahrs-Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages bei 14 000 Unternehmen ergab, daß diese ihre wirtschaftliche Lage als „robust“ beurteilen: Drei Viertel der Firmen erwarten immer noch gleich gute oder bessere Geschäfte als bisher.

7. Die geplanten Anpassungen von Produktion und Investitionen der Unternehmen, die aufgrund der DM-Aufwertung erforderlich sind, können nicht lange hinausgezögert werden. Nur wenige Unternehmen werden ihre Absatzmöglichkeiten so nachhaltig beeinträchtigt sehen, daß sie ihre Investitionsvorhaben gänzlich aufgeben. Insgesamt dürften die **Investitionen daher nur kurzfristig durch den Aufwertungsschub gedämpft werden.** (Institut für Weltwirtschaft, Kiel; März 1987)

8. Die Aufstockung der 2. Stufe der Steuerreform zum 1. Januar 1988 um weitere 5,2 Mrd. DM wird sich günstig auf den weiteren Konjunkturverlauf auswirken. (Bundesverband deutscher Banken) Besonders optimistisch beurteilt das **Kieler Institut für Weltwirtschaft** in seinem jüngsten Konjunkturbericht die wirtschaftliche Entwicklung für 1987:

— Die Zunahme des Sozialprodukts wird 1987 in der Größenordnung von 3 % liegen.

— Der **Anstieg der Verbrauchsausgaben** wird 1987 aufgrund der zunehmenden Realeinkommen einen ähnlich starken Anstieg verzeichnen wie 1986.

— Das **Investitionsklima wird 1987 in der Größenordnung von 3 % liegen.**

— Der **Anstieg der Verbrauchsausgaben**

wird 1987 aufgrund der zunehmenden Realeinkommen einen ähnlich starken Anstieg verzeichnen wie 1986.

— Das **Investitionsklima bleibt günstig**, die Unternehmensgewinne dürften nochmals steigen. Die guten Absatzaussichten im Inland und die zunehmende Kapazitätsauslastung werden vermehrt zu Erweiterungsinvestitionen führen.

— Die **Belebung der Bauinvestitionen** seit 1986 wird weiter anhalten. Die Bereiche Handel und Dienstleistungen werden verstärkt investieren und auch die öffentlichen Bauinvestitionen dürften aufgrund der immer noch günstigen Finanzlage vieler Gemeinden deutlich zunehmen.

Auch die **Umfragen des Ifo-Institutes** und der Industrie- und Handelskammer in Nordrhein-Westfalen zeigen, daß den Unternehmen der verschiedenen Branchen offenbar die bevorstehende Tarifrunde größere Sorgen bereitet als die Dollarschwäche. Übereinstimmend wird davon ausgegangen, daß die **Investitionsneigung der Unternehmen 1987 weiter hoch** sein wird:

— Besonders optimistisch sind **Handel, Dienstleistungsbereiche** und die Bauwirtschaft. Hier spiegelt sich die Verlagerung der Antriebskräfte von der Export- zur Binnennachfrage wider. Sehr deutlich zeigt sich diese Entwicklung in der **Bauwirtschaft**: Die Erholung, die 1986 eingesetzt hat, wird sich 1987 verstärkt fortsetzen, die realen Bauinvestitionen werden etwa um 3,5 % zunehmen.

— Auch in der **Automobilindustrie** überwiegen bis jetzt die zuversichtlichen Stimmen. Der größte deutsche Automobilkonzern, die Volkswagen AG, zeigt sich überzeugt, die positive Entwicklung fortsetzen zu können. Auch bei der Tochtergesellschaft Audi AG ist ein „deutlicher Anstieg“ der Produktion geplant. Die Adam Opel AG will wegen der anhaltend

MdB Bohlsen für Küstenfragen zuständig

Die Mitglieder des Gesprächskreises für Küstenfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Wilfried Bohlsen zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Wilfried Bohlsen ist Nachfolger des ehemaligen Bremer Abgeordneten Reinhard Metz, der dem 11. Deutschen Bundestag nicht mehr angehört, weil er als Spitzenkandidat der CDU für die Bremer Bürgerschaft kandidiert. Zu Stellvertretern wählte der Gesprächskreis den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Dietrich Austermann und den Hamburger Bundestagsabgeordneten Gunnar Uldall.

★

Unter sehr großer Beteiligung der an Fremdenverkehrsfragen interessierten Abgeordneten hat sich am 19. März 1987 die Kommission für Fremdenverkehr und

Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion konstituiert. Einstimmig wurden Matthias Engelsberger (CSU) als Vorsitzender und Ralf Olderog als stellvertretender Vorsitzender für die 11. Legislaturperiode wiedergewählt.

„Hessen am Wochenende“ mobilisiert und informiert

54 Prozent der hessischen Bürger lehnen eine Fortsetzung der von der SPD erneut angestrebten rot-grünen Zusammenarbeit nach der Landtagswahl vom 5. April ab. Dieses Ergebnis einer Umfrage des Frankfurter Instituts Basis Research meldet die erste Ausgabe der Zeitung „Hessen am Wochenende“.

„Hessen am Wochenende“ ist in einer Auflage von 1,9 Millionen gedruckt und von etwa 10 000 freiwilligen Helfern der hessischen CDU-Kreis- und -Ortsverbände in die Haushaltungen verteilt worden.

(Fortsetzung von Seite 14)

starken Nachfrage bis zu den Werkferien sechs Sonderschichten einlegen.

— In der **Chemischen Industrie** wird anhaltend kräftig investiert: Fast die Hälfte der für 1987 bei der BASF geplanten Sachinvestitionen dient Kapazitätserweiterungen.

Als besonders positiv wird von den Experten die Tatsache bewertet, daß sich das **Wirtschaftswachstum** im letzten Jahr **inflationfrei** vollzog. Der jetzt im fünften Jahr anhaltende Aufschwung weist zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik mit zunehmender Dauer abnehmende Preissteigerungsraten auf und sorgt für stabile Lebenshaltungskosten. Dadurch steht der Aufschwung auf einer stabilen Grundlage, es drohen keine abrupten Bremsmanöver, wie sie früher häufig in Spätphasen der Konjunktur zur

Bekämpfung von Überhitzungserscheinungen notwendig wurden.

Die Sicherung **stabiler Preise** ist zwar durch außenwirtschaftliche Einflüsse — die Verbilligung der Ölpreise und die Aufwertung der D-Mark bei gleichzeitigem Verfall des Dollar — erleichtert worden. Die entscheidende Voraussetzung aber war die stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik, wie sie in den letzten vier Jahren von der CDU-geführten Regierung betrieben wurde.

Wie aus der Übersicht über die verschiedenen Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Anhang hervorgeht, werden sich auch in bezug auf die Inflation 1987 keine Verschlechterungen ergeben: Die Schätzungen über die voraussichtliche Entwicklung der Verbraucherpreise schwanken zwischen 0 bis 1,5 Prozent.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Wort gehalten: Weniger Steuern für alle!

**1000 DM
IM SCHNITT**

Vor der Bundestagswahl haben wir versprochen: Wir schaffen ein sozial gerechtes und leistungsförderndes Steuersystem.

Jetzt kommt die Große Steuerreform:

Jeder Durchschnittsverdiener zahlt rd. 1000 Mark weniger Steuern pro Jahr.

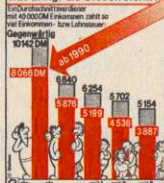
Entlastung der unteren Einkommen durch Senkung des Eingangsteuersatzes von 22 auf 19 Prozent (Entlastungsvolumen 7 Milliarden DM);

Erhöhung des Grundfreibetrages für Ledige, von 4536 auf 5616 DM, für Verheiratete von 9072 auf 11 232 DM (Entlastungsvolumen 5,6 Milliarden DM).

Schon 1988 wird der Grundfreibetrag für Ledige auf 4752 DM und für Verheiratete auf 9504 DM angehoben (Entlastungsvolumen 1,4 Milliarden DM). Erleichterungen insgesamt 1988 und 1990: 7 Milliarden DM.

Zusätzliche Entlastung der Familien durch erhöhte Freibeträge für Kinder und Ausbildung, steuerliche Anerkennung von Pflegeleistungen. Darüber hinaus soll das Kindergeld erhöht und das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub verlängert werden.

Was bringt die Steuerreform?



Mittelwerte rund 1000 DM mehr in der Tasche haben sich ab 1990 ein Durchschnittsverdiener mit 40 000 DM an vorsteuerndem Jahreslohn kommen.

Steuerverentlastung auch für Unternehmen durch Senkung des Körperschaftsteuersatzes bzw. des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer. Das stärkt die Investitionskraft der Unternehmen und sichert Arbeitsplätze.

Entlastung für den Mittelstand durch Verbesserungen der Sonderabschreibungen und bei den Vorsorgeaufwendungen.

Aufbesserung des Ausbildungsfreibetrages schon 1988 statt erst 1990 (Entlastungsvolumen 300 Millionen DM).

Entlastung aller Erwerbstätigen vor allem der Arbeitnehmer durch Einführung des linear-progressiven Tarifs (Entlastungsvolumen 20,7 Milliarden Mark.). Bereits 1988 erfolgt eine wesentliche Abflachung der Progressionskurve (Entlastungseffekt 1988: 3 Milliarden DM).

Oberes Einkommen werden durch Senkung des Spitzensteuersatzes nur um 1 Milliarde Mark entlastet. Untere Einkommen dagegen um 17,2 Milliarden Mark.

Diese Steuerreform bringt Steuerentlastungen in Höhe von 44,2 Milliarden Mark. Zusammen mit den Steuererleichterungen von 1986 und 1988 bringt das für die Steuerzahler 60 Milliarden Mark.

Diese Große Steuerreform stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, fördert Investitionen und sichert Arbeitsplätze.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD

11/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: WA-Druck, Düsseldorf.